

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

52 (5.3.1909) 1. Blatt

Verhandlungen jedenfalls mehr beunruhigt gewesen, als die Sozialdemokraten, deshalb hätte sich der Vordränger lieber solcher Vorwürfe enthalten sollen. Sodann legte er seine Bedenken gegen den Antrag Gerold dar. Der Antrag sei die Modifikation eines bestehenden Gesetzes, er beschränke dabei die Rechte des Reichstages. Er fürchte, daß derselbe zu einer wirklichen Verfassung nicht führen werde. Der Antrag Camp enthalte diese Bedenken nicht in so hohem Maße. Redner kritisiert dann diesen Antrag und kommt zum Schluß zu der Mahnung, es möge doch endlich einmal Ernst gemacht werden und nicht mehr ständlich gespielt werden. Diesen belehrenden Ton glaubte der bayerische Bundesratsvertreter weiter spinnen zu sollen. Nachdem er die beiden Anträge vom prinzipiellen, wie insbesondere vom finanziellen Standpunkte aus bekämpft hatte, prinzipiell, weil von Reichswegen störend in die in Bayern begonnene Umgestaltung des Steuerwesens anstößig eingegriffen werde, weil die Steuererhebung in den verschiedenen Bundesstaaten eine so verschiedene sei, daß darauf ein einheitliches Gebäude gar nicht aufgerichtet werden könne usw., — finanziell, weil die Mehrbelastung an direkten Steuern eine zu große für die Bundesstaaten wäre, bedekte der Antrag für Bayern doch ein Mehr von 35 Prozent der Summe der direkten Steuern — da mahnte er, nun endlich an die Arbeit zu gehen. Der einzige Weg, zur Lösung zu gelangen, sei der, an die Arbeit zu gehen; es sei lange genug um die Sache herum geredet worden. An eine Auflösung denke kein Mensch, aber die Not des Vaterlandes sollte den Reichstag zwingen, endlich praktische Arbeit zu leisten. Solche „Belehrung“ wies der Vorsitzende zurück. Die Kommission sei seit langer Zeit in ernster Arbeit begriffen. Alle gemachten Vorschläge seien aber von der Regierung prompt abgelehnt worden. Die Regierung möge doch selbst einmal an die Arbeit gehen und sie selbst möge einmal mit gangbaren Vorschlägen an den Reichstag herantreten. Den Vordränger die beiden Anträge schloffen sich dann im lieblichen Reigen die Vertreter von Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen an. Mit großer Aufmerksamkeit wurden dann wieder die Ausführungen des Zentrumsführers aufgenommen, der die Szene, welche die Kommission soeben bei dem Aufmarschieren der Herren aus den Bundesregierungen erlebt habe, eine „redt eigenartige“ nannte. Die Bedenken des nationalliberalen Redners gegen den Antrag Gerold seien hinlänglich, doch sei er bereit, durch eine andere Fassung des Antrages den Bedenken entgegenzukommen.

U. F. über den des Trimborn. Nach Verhinderung der Information soll bekanntlich dem Bundesrat binnen kurzem ein Gesetzentwurf zugehen betreffend Aufhebung des § 15 des Zolltarifgesetzes, wonach bekanntlich die Mehrzahl der aus gewissen landwirtschaftlichen Böden als Fond für die zu gründende Wälder- und Waldweidung aufbewahrt werden sollten. Anstatt dieser schwebenden Beträge sollen nach dem neuen Entwurf feste Reichsgeldsummen zur Durchführung dieser Versicherung gewährt werden. Der Trimbornfonds lieferte 1906 gar nichts, 1907 rund 43 Millionen Mark, 1908 wie er sehr schlecht abblende. Die feste Rente des Reiches für diesen Fonds soll 40 Millionen Mark betragen. Demnach wäre diese Veränderung in der Tat eine betragsmäßig wertvolle Maßregel.

Einzelstaaten und Finanzreform. Der bayerische Ministerpräsident v. Bodewitz, der zugleich Reichsminister für Handel und Gewerbe ist, hat heute vormittag die 1. Versammlung des bayerischen Handelskammertages in München mit einer nach mehr als einer Richtung bemerkenswerten Rede eröffnet. Dabei interessierte ihn besonders seine Stellungnahme zur Reichsfinanzreform. Was an die äußerste Grenze der Opferwilligkeit will Herr v. Bodewitz der unerlässlichen Erfüllung der Reichsfinanzen keine Mitarbeit leisten. Er fordert aber zugleich die Sicherung der bundesstaatlichen Budgetgarantie, die er als unerlässlich bezeichnet. Denn sonst bedrohe die Finanzreform die finanzielle und politische Selbständigkeit der Einzelstaaten, die durch das Föderativprinzip gewährleistet sei. Wer die Dinge nimmt, wie sie sich historisch entwickelt haben und wie sie sich heute darstellen, der wird allerdings gerade in diesem Augenblick das bundesstaatliche Prinzip nicht ausschalten können. Die Reichsfinanzreform kann den widerstrebenden Bundesstaaten nicht aufgezwungen werden. In der letzten Abgeordnetenkammer erklärte der Finanzminister:

„In Übereinstimmung mit dem Reichstag, Reichsfinanzrat und den Finanzministern der Einzelstaaten habe auch die heftige Meinung die Bekämpfung des Reiches durch eine Nachschleife für die beste Lösung gehalten. Es sei von ungenügender Bedeutung, ob man die Bekämpfung von untergeordneten oder nur von einem Teil, bezw. von 20.000 M. entzogen oder bei höheren Beträgen einzieht. Wenn man der Anlegung des Abg. Plann folge und die Bekämpfung erst bei 50.000 M. beginnen lasse, so würde das nur einen Anstoß von 5 Millionen Mark für das Reich bedeuten. Das beweise auch, wie niedrig eigentlich die Steuer selbst ist. Den von den Nationalliberalen in der Reichstagskommission gestellten Antrag auf eine laufende Bekämpfung des Vermögens müßte der Bundesrat nach wie vor als unannehmbar bezeichnen. Der Antrag Camp und Gerold dürfte nur bewirken, daß die Finanznot des Reiches umgewandelt werde in eine Finanznot der Bundesstaaten. Gegen diese Anträge sprechen auch die schweren Bedenken eines Eingriffes in die Finanzhoheit der Bundesstaaten und damit eine Gefährdung des föderativen Charakters des Reiches. Der Finanzminister hofft, daß noch in letzter Stunde die beste Lösung, also das schließliche Zustandekommen der Nachschleife, gefunden werde.“

Aus Sachsen, Oldenburg, ganz besonders aus Preußen hört man ähnliche Ausführungen; sie geben alle dahin, daß der Reichstag nicht in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreifen dürfe. Man hat von einem einflussreichen Minister das Wort gehört, daß er lieber auf sein Amt verzichte, als daß er einer Reichsfinanzreform zustimmen werde.

Diese entscheidende Haltung wird man anerkennen müssen; denn wozu soll es kommen, wenn das Reich eine Steuerquelle nach der anderen wegnimmt und sich so verarmt? Wer wahrhaft national ist, muß hier für die Rechte der Einzelstaaten eintreten.

Nachträgliches zur Wahl in Wingen-Alzey. Das „Mainzer Journal“ schreibt: „Wie mitgeteilt wird, hat der erste Vorsitzende des Landesauschusses der nationalliberalen Partei in Hessen, Landtagsabgeordneter Dr. Jmann, wegen der Differenzen des Reichstagswahlkreises Alzey-Wingen sein Amt als erster Vorsitzender niedergelegt. Wahrscheinlich glaubt Herr Jmann, nicht mehr das rechte Vertrauen seiner Leute zu besitzen, da die Jungliberalen von Mainz und Worms und die Parteimitglieder von Frankfurt

am Main in Resolutionen gegen den Meyer Beschluß Sturm laufen. Die „Frankf. Bl.“ erhält dadurch ein Plakat ums andere auf ihre blutenden Wunden. Graf Hensbroch und noch andere haben ihr geschrieben, daß sie aus der nationalliberalen Partei austreten wollen. Wie der „Wormer Volkszeitung“ aus Mainz gemeldet wird, hätte eine große Anzahl von Protestanten aus dem Wahlkreis Alzey-Wingen beschlossen, aus der evangelischen Landeskirche auszutreten, und sie hierzu nötigen Schritte bereits getan, nachdem sie festgestellt haben, daß eine große Anzahl protestantischer Geistlichen und sogar der Bischof für den Zentrumskandidaten Lohel agitiert hätten.“

Das ist ein merkwürdiger Grund zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche, hat aber ohne Zweifel den Vorzug der Originalität, um die allerdings diese Oppositionsleute niemand beneiden wird. Der Fall ist jedoch zu einer Zeit besonders interessant, wo liberale Blätter über den Erzbischof und das Ordinariat von Bamberg herfallen, weil dort der Pfarrer Tremel gemagtelt wird. Dieser hat in provokatorischer Weise die Aufforderung seines Bischofs mißachtet, indem er im jungliberalen Verein Disziplin wegen gemagtelt werden. In Wingen-Alzey „mahregeln“ evangelische Wähler ihre evangelischen Geistlichen, nicht weil diese Zentrumsleute geworden sind, sondern bloß, weil sie die Wahl eines Zentrumsmannes empfohlen, bezw. als das kleinere Übel anrathen. Wie man sieht, ist die Welt voll von Widersprüchen; aber auch voll von eigenartigen Fanatismen.

Jedenfalls ist es auch nicht uninteressant, bei dieser Gelegenheit an etwas zu erinnern, was insbesondere der „Frankf. Zeitung“ und den Linksliberalen bei dieser Gelegenheit ins Stammbuch geschrieben sei. Aus den vielen linksliberalen Kommentaren, welche schon zur Wahl in Wingen-Alzey geschrieben wurden, könnte man entnehmen, daß es auf dieser Seite des Liberalismus überhaupt als absolet unangenehm betrachtet würde, wenn Liberale das Zentrum gegen eine andere Richtung des Liberalismus unterstützten. Wir möchten daher in diesem Belange anführen, daß bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 in 4. badischen Reichstagswahlkreis der Zentrumskandidat Laud in der Stichwahl gegen den nationalliberalen Kandidaten Wankenschmidt siegte. Es war dies im protestantischen liberalen Marktgräfelfeld und der Sieg des Zentrumskandidaten war nur dadurch möglich, daß freisinnige und demokratische Wähler für das Zentrum ausgaben und evangelische liberale Wähler ihre Stimme dem katholischen Zentrumsmanne gaben. Der Zentrumskandidat hatte in der Hauptwahl 5199, der nationalliberale Wankenschmidt 5440, Wank (Demokrat) 4663, Lang (Soz.) 812 Stimmen. Wie gelang, sagte in der Stichwahl das Zentrum. Wenn wir uns recht erinnern, war unter den Linksliberalen, welche sich für den Zentrumsmanne erklärten, auch der damalige evangelische Stadtpfarrer Höpffner von Borsach. Die „Frankf. Zeitung“ und die übrigen entzweiteten Linksliberalen sollten das nicht vergessen, auch wenn sie sich mit Recht darauf berufen können, daß die politische Lage damals noch eine etwas andere war. Die linksliberalen Protesten gegen das Verhalten der nationalliberalen evangelischen Wähler in Wingen-Alzey gehen aber zum Teil weit über das hinaus, was mit Rücksicht auf die Vergangenheit den Linksliberalen erlaubt und klug ist. Uns scheint, daß der Antiliberalismus in seiner schändlichsten Form daran nicht unbeteiligt ist.

H. Farrer reuel von Volsbach, der renitente Geistliche, hat erklärt, er werde aus dem jungliberalen Verein austreten, aber im übrigen sich nie und nimmer dem Bischof unterwerfen, vielmehr werde er sich auch an die Staatsregierung wenden. Damit würde er nach dem allgemeinen Kirchenrecht der Exkommunikation verfallen. Er schrieb an den Erzbischof, von Geistlichen, die sich sonst für Vergehen schuldig gemacht hätten, sei auch keine öffentliche Abbitte verlangt worden! Als ob nicht gerade seine öffentliche Gehorsamsverweigerung auch eine öffentliche Abbitte verlangte!

Die liberale Presse tritt mit aller Macht für Tremel ein, wie für alle Geistlichen, die sich jemals gegen ihren Bischof renitent zeigten.

Gegen d. n. Schmutz. Mit den ersten 10.000 Originalunterschriften ist die Eingabe des Volksbundes zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild an die deutsche Regierung und Parlamente dem Reichstage zugegangen. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut: „Dem hohen Reichstag ist erreicht der Unterzeichneten in Verbindung mit den Herren des Geschäftsführenden Ausschusses und des Weiteren Ausschusses des Volksbundes zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild einliegende Eingabe, betreffend: Essentielle Auslagen, Schaufenster, Kinematographen, Musikfeste. Der Eingabe sind 10.000 Originalunterschriften beigefügt von Männern und Frauen aller Stände und aller Gegenden Deutschlands aus Stadt und Land. Die Unterzeichneten wünschen die wachsende Verunreinigung aller Volksteile über die unheimliche Verbreitung des Schmutzes in Wort und Bild in der Öffentlichkeit wieder. Gleichzeitig geht die Eingabe den Landtagen der Bundesstaaten zu. Wir bitten, die Eingabe einer hohen Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen.“ Die Sammlung von Unterschriften soll fortgesetzt werden. Man erbitte Einzelunterschriften von der Geschäftsstelle des Volksbundes, Berlin NW. 88, Weisfelddrude.

K. Stragburg. Ehrenbürger und Stadtpfarrer Winterer-Wilhoufen wurde zum Landesauschuss mit 44 von 48 Stimmen zum Mitglied des Staatsrats gewählt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Christlich-Sozialen verhalten sich gegenüber dem Kartellbankprojekt, das von Ungarn aus empfohlen wird, absolet ablehnend und verlangen von der oesterreichischen Regierung, denselben Standpunkt einzunehmen. In Ungarn sieht wegen der Bankfrage eine Vermittlung des Koalitionsministeriums bevor. — Als Präsidenten des oesterreichischen Abgeordnetenhauses schlagen die Christlich-Sozialen Dr. Pottai vor.

Balkanstaaten.

✚ **Korruption in der rumänischen Armeeverwaltung.** Unter dem Verdacht, von zwei in Berlin als Kaufleute etablierten Brüdern, die eine Ausschreibung für die rumänische Armee übernommen haben, eine erhebliche Abschlagszahlung auf eine größere Bestellungssumme angenommen zu haben,

sieht ein aktiver hoher Politiker, dessen Verhaftung angeblich bald erfolgen soll. Der Kriegsminister hat eine strenge Unterjuchung des Falles angeordnet.

Rußland.

✚ **Verhaftungen russischer Revolutionäre.** Wie „Daily Mail“ aus Petersburg meldet, haben dort am Mittwoch zahlreiche Hausdurchsuchungen bei angeblichen Revolutionären stattgefunden. Im Zusammenhang damit sind viele Verhaftungen erfolgt. In den letzten beiden Wochen sind in Rußland nicht weniger als 2685 Personen unter der Anklage politischer Kapitalverbrechen verhaftet worden.

Amerika.

— **Der Präsidentenwechsel.** Gestern mittag erfolgte in Washington die feierliche Amtseinführung des 26. Präsidenten der Vereinigten Staaten, William Howard Taft. Die gesamte Zeremonie ging infolge des Schneesturmes im Senatssaal vor sich. Die Parade hat trotz der Ungunst des Wetters stattgefunden. Oberrichter Fuller vom Oberbundesgericht nahm den Präsidenten den Eid ab. Taft wiederholte die Eidesformel mit lauter Stimme und küßte die ihm entgegengehaltene Bibel. Alsdann nahm der Präsident die Glückwünsche der Anwesenden entgegen, zuerst die Fuller und Roosevelts. Hierauf hielt er seine Antrittsrede. Der Amtseinführung Tafts ging unmittelbar die des Vizepräsidenten James S. Sherman voraus. Sodann erfolgte die Verlesung von 31 neuen oder wiedergewählten Bundesgesetzten. Mit den bisherigen Vertretern des diplomatischen Korps wohnte auch der deutsche Botschafter der Zeremonie bei. Die Straßen der Stadt, deren reicher Blagen, Blumen- und Girlandenschmuck wegen des Unwetters nicht zur Geltung kam, waren trotzdem mit großen Menschenmengen angefüllt, die dem Scheidenden und dem kommenden Präsidenten auf ihrem gemeinsamen Wege vom Weißen Hause zum Kapitol lebhaftste Huldigungen bereiteten. Nach der Zeremonie begab sich Roosevelt mit seiner Gattin und der Ehrenescorte sogleich zum Wahnhof, um die Fahrt nach seinem Landhause in Oshterba anzutreten. Taft kehrte nach dem Weißen Hause zurück. An der Parade nahmen mehr als 250.000 Mann der Bundesarmee, der Bundesmarine und der verschiedenen Staatsmilizen teil.

Die Zusammenfassung des neuen Kabinetts ist endgültig folgende: Staatssekretär Philander C. Amor, Schatzamtssekretär Franklin Mac Reagh, Krieg: Jacob M. Dickinson (Chef des Justizdepartements George W. Bickersham), Generalpostmeister: Frank G. Hitchcock, Marine: George von Venker-Wever, Ackerbau: James Wilson, Handel und Arbeit: Charles Nagel, Innere: W. A. Hallinger.

In seiner Antrittsrede betonte Taft, er sei der Aufgabe seines amgezeichneten Vorgängers gewillt und habe als solcher für die von ihm eingeleiteten Reformen gewirkt und er würde sich selbst und seinen Verpörfungen sowie den Erklärungen seiner Plattform treu sein. Wenn er die Aufrechterhaltung und Durchführung seiner Reformen nicht für das bedeutendste Merkmal seiner Verwaltung halten würde. Als eine Angelegenheit von höchst dringlicher Bedeutung bezeichnete der neue Präsident die Revision des Zolltarifs. Unsere internationale Politik soll immer dem Frieden dienen.

Die Lage auf dem Balkan.

Das offiziöse „Fremdenblatt“ schreibt: In der bosnischen Frage spielen faktische Rechte der Berliner Signatarmächte eine Rolle. Dadurch war für diese die Möglichkeit einer Stellungnahme gegeben. Bei Serbien handelt es sich aber um den nachstehenden Verlust, großserbische Aspirationen zu verwirklichen und einen Angriff auf die Integrität der Monarchie zu begehen. Dies ist eine Angelegenheit, die uns und Serbien angeht. Wir wollen Serbien nicht bemittigen und ihm ein Zugeständnis erpressen, sondern ihm Zeit zur Ueberlegung lassen in der Hoffnung, daß es diese dazu benützen werde, normale Beziehungen mit der Monarchie anzubahnen. Wir wollen Zugeständnisse, aber nicht um eine von uns Serbien geschuldete Kompensation zu leisten, sondern weil wir ein Interesse daran haben, daß sich Serbien wirtschaftlich entwickelt. Es handelt sich um Zugeständnisse, welche die Hoheitsrechte Oesterreich-Ungarns betreffen. Für eine Intervention dritter Mächte besteht keinerlei Recht. Die Monarchie kann keinesfalls zu Kompensationen gezwungen werden, die zu gewähren sie nicht gewillt oder nicht in der Lage ist.

Aus Belgrad wird gemeldet: Die Nachricht, daß der russische Gesandte tatsächlich der serbischen Regierung Ratschläge im Sinne der von Deutschland angeregten Vorstellung erteilt, rief in Belgrad große Erbitterung gegen Rußland hervor. Die Blätter enthalten maßlose Angriffe gegen den russischen Minister Jawolski, der im Dienste Oesterreich-Ungarns stehe.

Da die politischen Kreise die Entscheidung der serbischen Regierung mit Besorgnis erwarteten, so rief die heutige Nachricht, daß die serbische Regierung auf der Autonomie Bosniens und der territorialen Kompensation bestarre, um so größere Freude hervor. Die Zeitung „Politika“ ruft aus: „Möge uns nimmer Oesterreich-Ungarn ein Ultimatum stellen, wenn es dies wagt.“

Wie gemeldet wurde, hatte König Peter bei der vorgestrigen Hofstafel die Amnestie sämtlicher politischer Verbrecher antündigt. Nun veröffentlicht das „Amtsblatt“ den die Amnestie aussprechenden königlichen Ukas.

An maßgebender Stelle wurde vorgestern abend erklärt, daß die serbische Regierung im Laufe des Nachmittags ihre Antwort auf die von dem russischen Gesandten namens der russischen Regierung gestellte Anfrage überreicht habe. Gleichzeitig wurde erklärt, daß weder über den Inhalt dieser Frage noch über den Inhalt der serbischen Antwort offizielle Mitteilungen für die Öffentlichkeit gemacht werden konnten. Es kann nur berichtet werden, daß die serbische Regierung weder kategorisch auf den bekannten serbischen Forderungen beharrt, noch daß sie dieselben definitiv zurückgezogen hat. Nähere Angaben können erst dann gemacht werden, wenn die russische Gegenantwort vorliegt. In Abgeordnetensitzungen ist man der Ansicht, daß die Regierung ihren Standpunkt darin präzisieren werde, daß Serbien nur unter der Bedingung von seinen Forderungen

absehen könne, wenn die Großmächte Serbien die politische und ökonomische Unabhängigkeit garantieren.

Die Widersprüche und Unklarheiten in den serbischen Nachrichten kann man sich nur dadurch erklären, daß Serbien vorerst der Entscheidung ausweichen und Rußland für seine Pläne gewinnen wollte. Eine Wendung in der serbischen Politik scheint nun doch vorzuliegen, die auf die ungewisse, erregende Sprache, die Rußland Serbien gegenüber jetzt anwendete, zurückzuführen ist.

Nach einer Meldung des serbischen Pressbüros erklärte die serbische Regierung in der Antwort auf die russische Note, daß sie den freundschaftlichen Ratschlägen der russischen Regierung Folge leisten wolle, insofern sie den Interessen Serbiens entsprechen. Wie gleich nach der erfolgten Annexion Bosniens und der Herzegovina betrachte die serbische Regierung auch jetzt die bosnische Frage als eine europäische und werde weiterhin in dieser Frage im Interesse des Friedens ruhig die gerechte Entscheidung der Großmächte erwarten.

Etwas bestimmter lautet eine russische Nachricht über die Antwort Serbiens: Wie die Peterburger Telegram-Agentur aus zuverlässiger Quelle erzählt, hat die serbische Regierung infolge der russischen Ratschläge die Antwort erteilt, Serbien habe weder die Absicht, Anlaß zu einem Kriege mit Oesterreich-Ungarn zu geben, noch seine freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Staate zu ändern. Ebenso wenig verlange Serbien im Zusammenhang mit der bosnisch-herzegovinischen Frage von Oesterreich-Ungarn territoriale, politische oder wirtschaftliche Entschädigungen, sondern es verlasse sich, indem es sich jeglicher Einmischung in die Frage, welche der Entscheidung der Signatarmächte unterliegt, enthält, vollständig auf deren Weisheit und großes Gerechtigkeitsgefühl. Die serbische Regierung beabsichtige nun, an die Großmächte eine Zirkularnote in dem erwähnten Sinne zu richten.

Nach einer Petersburg-Meldung soll die Gefahr darin bestehen, daß Rußland dem Verlangen Oesterreichs, mit Serbien direkt zu verhandeln, widerspricht. Bemerkenswert für die Wendung in der Haltung Rußlands ist ein Artikel des führenden russischen Organes, der „Kosmoje Brenja“, die entgegen ihren früheren Schlußfolgerungen entschieden vor einem Kriege warnt und einem solchen die denkbar übelste Propaganda stellt. Der Artikel verdient umso mehr Beachtung, als er in scharfer Weise gegen das Rußland verbundene England Front macht und es selbstkritischer Absicht ist. „Das einzige Ziel der englischen Politik — so wird ausgeführt — ist es, wie zur Zeit Napoleon I., seinen kontinentalen Feind durch Rußland bezwingen zu lassen. Damals war Frankreich dieser Feind, jetzt ist es Deutschland. Rußland wird angehalten, eine Frage zu lösen, die keine russische, nicht einmal eine slavische, sondern eine rein englische ist. ... Jedenfalls ist die serbische Frage höchst unbedeutend im Vergleich mit der Weltfrage der Vorherrschaft Englands und Deutschlands. Unter dem weit hervorgerufenen Vorwand slavischer Schwärze will man Rußland in einen Krieg mit Deutschland verwickeln. Dieser Krieg wird nicht für das Slaventum, sondern für England geführt werden. Die Regierung in einem Krieg drängen, ist gleichbedeutend mit der Wiederholung der Dinge von 1905. Die beständigen Bemühungen der inneren und äußeren Feinde Rußlands sind darauf gerichtet, dieses Reich zu entkräften. Noch nie war Rußland so schwach für die Verteidigung vorbereitet, und gerade jetzt will man es in einen Krieg mit zwei Großmächten verwickeln. Das russische Volk hat das Recht, von seiner Regierung die größte Standhaftigkeit zu erwarten, daß sie keinen verhängnisvollen Schritt tue. ... Vor uns liegen fünf Jahre ein Abgrund. Was soll man tun, um ein fremdes Kommando und fremdem Gewinn zu überlassen?“

Aus Paris wird vom 4. b. M. gemeldet: Die heutige Unterredung Clemenceaus mit Bismarck wird mit sehr wichtigen, an den Botschafter Grozier nach Wien zu richtenden Instruktionen in Zusammenhang gebracht. Es soll ein gemeinsamer Schritt der Botschafter Frankreichs, Rußlands, Englands und Italiens beim Kaiser Franz Josef in Aussicht genommen sein, falls Trenten auf dem Balkan, jede andere Verhandlung als die direkte mit Serbien abzulehnen.

Aus Belgrad liegt folgende Sensationsnachricht vor: Geiern wurde im Anschluß für nationale Verteidigung mitgeteilt, daß König Peter sofort nach der Lösung der Fragen mit Oesterreich-Ungarn abhandeln, und daß Kronprinz Georg den Thron bestiegen werde. Kronprinz Georg richtete hierauf an den Ausschuss für nationale Verteidigung das Ersuchen, sich ruhig und gemäßigt zu verhalten, da die Agitation bloß insgeheim fortzuleben, da er seinen Vater und der Regierung das Versprechen gegeben habe, sich ruhig zu verhalten.

Belgrad, 4. März. Der oesterreich-ungarische Gesandte ist von seinem achtstägigen Urlaub hierher zurückgekehrt.

London, 3. März. Das „Austrianische Bureau“ berichtet seine frühere Meldung dahin, daß eingegangenen amtlichen Informationen zufolge die serbische Regierung gemäß den von Rußland erteilten Ratschlägen ihre Ansprüche auf Gebietsentfaltung zurückziehen wird.

Baden.

Karlsruhe, 5. März 1909.

E. P. H. der Großherzog haben anhängig gerufen, den zum 1. April d. J. erscheinenden „Badischen Anzeiger“ an der Universitätsbibliothek zum ordentlichen Professor für klassische Archäologie an der Universität Freiburg zu ernennen und den Notar Heinrich Schmidt in Wiesloch in den Amtsgerichtsbezirk Freiburg zu versetzen. Vom Justizministerium wird ihm der Notariatsbefähigungsbrevet 3 zugewiesen.

✚ **Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach** hat in seiner letzten Rede nicht den geringsten Zweifel daran gelassen, daß er und alle badischen Zentrumsabgeordneten sehr wohl wüßten, was sie den vielen Tabakarbeitern im badischen Land in bezug auf die Tabaksteuer schuldig seien. Wörtlich führte er aus:



Todes-Anzeige.

Heute früh 8 Uhr verschied gottgegeben nach kurzem, schwerem Leiden, unsere liebe Tante,

Fräulein Friederike Roederer,
versehen mit den heiligen Sterbesakramenten.

Dies zeigen an
Monsieur et Madame
Frédéric Gustav Gautier.

Karlsruhe, Paris, 4. März 1909.

Beerdigung: Samstag, 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofskapelle.

Trauerhaus: Lessingstrasse 23, II.

Statt jeder besonderen Anzeige.

† Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Frau, unsere treuversorgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Sabina Zbad, geb. Schindler,

Donnerstag früh 1/5 Uhr, nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von 51 Jahren in die himmlische Heimat abzurufen.

Karlsruhe, den 4. März 1909.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Bernhard Zbad, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. März, 1/2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt. Trauerhaus: Jüffel Nr. 1, 1. Stod.

Zum Moninger

Ecke der Kaiser- und Karlstrasse * **KARLSRUHE** * Haltestelle der elektr. Strassenbahn

Hauptauschank der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger
Café, Speisesaal, Spiel- und Billardzimmer im 1. Obergeschoss
Grosser schattiger Garten
Vorzügliches helles und dunkles Bier

Anerkannt gute Küche
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein
Jos. Schuh.

Kommunikanten-Anzüge

aus Cheviot, Kammgarn und Drapé, in obligaten Formen, sowie auch in Glockenschnitt, mit verlängertem Revers, anliegender Taille u. Schlitz, vom einfachsten bis elegantesten Genre in hundertfacher Auswahl.

11.-
14.-
19.-
23.-
28.- **N. Breitbarth**

Ecke Kaiser- u. Herrenstr.
Rabattmarken.

Bauarbeiten-Vergabung.

Zur Erbauung eines katholischen Pfarrhauses samt Einfriedigung, Wasserabteilung und Planierung in Unterhöf, Amt Bogberg, sollen zur Ausführung in Auford vergeben werden:

Erdb- und Maurerarbeit	8151.41
Steinmauerarbeit	1135.24
Zimmerarbeit	2829.98
Berpararbeit	1135.07
Gielesarbeit	622.22
Schreinerarbeit	1618.42
Schlosserarbeit	885.40
Eisenlieferung	653.79
Wiederarbeit	462.40
Zünderarbeit	545.09
Tapezierarbeit	125.-

Nach Prozenten des Auftrags auszubehrende Angebote hierauf wollen verschlossen und mit Aufschrift "Angebot" versehen, spätestens bis Mittwoch, den 17. März l. J., vormittags 10 Uhr, bei katholischer Stiftungsrat in Unterhöf portofrei eingereicht werden, wofür unterbreiten die Pläne, Ueberschlagsauszüge und Bedingungen zur Einsicht der Bewerber aufliegen.

Heidelberg, den 3. März 1909.
Erzbischöfliches Bauamt.
Maier.

Zur **Kommunion** empfehle ich
Colliers, Kreuzchen, Herzchen, Brofchen, Ringe, Armbänder,
billige Taschenuhren jeder Art.
Ferner: Patengefhenke, Hochzeitsgefhenke in Bestecksachen
ganz billig, in
Trauringe ohne Lötfluge, in Gold, das Paar von Mk. 12 an.

Christian Fränkle, Goldschmied,
Karlsruhe, Kaiser-Passage.

Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4,
Pianos und Harmoniums
Nur allerbeste Fabrikate
Ueber 100 Instrumente zur Auswahl.
Reelle Preise.
Fachmännische Garantie.
Umtausch alter Klaviere.
Gespielte Instrumente billigst.
Stimmungen, Reparaturen.

Zahnatelier Häusler
Inh.: **J. Zolg**
immer noch **Amalienstrasse 25 a**
Telephon 2156, hinter der Hauptpost.
Garantiert
schmerzlose Zahnoperationen
werden täglich (in Narkose) unter ärztlicher Leitung ausgeführt.
Schonendste Behandlung. — Mässige Preise!

Das beste Nutzfähig, Prunzier, Zuchtgeräte, Hüfnerhäuser. Katalog gratis. Gefängelpark i. Auerbach 472 (Geffen).

Fahrradhändler Schloffer
können ihr Einkommen bedeutend erhöhen durch den Verkauf einer Spezialmaschine an Landwirte! Unterfütigung durch Reflame! Provisionsvorschlüsse! Näheres durch
Lister & Co., München,
Hohenzollernstrasse 154.

Hôtel-Restaurant Café Nowack.
Katholisches Vereinshaus.
Die Mitglieder der k. Vereine und Leser des „B. B.“ treffen sich Sonntag Nachmittag und Abend mit Vorliebe im **Café Nowack.** Auswärtiger Besuch, der im eigenen Heim nicht gut untergebracht werden kann, findet im **Hotel des Café Nowack** beste Aufnahme.

Zahn-Atelier Alb. Günzer
Amalienstrasse 26, nur neben der Hirsch-Apotheke
früher langjähriger erster Assistent des verstorb. Herrn Häusler.
Schonendste Behandlung.
— Mässige Preise. —
Sprechstunden von 8—12 und von 2—7 Uhr.

Bad. Rote-Lose 1 Mk.
Nur Geldgewinne
Ziehung 17. April 1909
3380 Gew. ohne Abzug
44000 M.
2 Hauptgewinne
20000 M.
586 Gewinne
14000 M.
2800 Gewinne
10000 M.
Los à 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer,** Langestr. 107. In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstrasse 11/15. Lotteriebanc, G.m.b.H., Kaiserstr. 60. H. Reyle, E. Flüge, L. Niebel, Chr. Frank, J. Dahringer.

Bekanntmachung.

Die Aufnahmen in die Volksschulen der Stadt Karlsruhe betr.
Das Schuljahr 1909/10 beginnt

Montag, den 19. April 1909.

Die Eltern oder deren Stellvertreter haben dafür zu sorgen, daß ihre schulpflichtigen Kinder (auch die 3. B. erkrankten) — geboren in der Zeit vom 1. Juli 1902 bis einschließlich 30. Juni 1903 — zur Aufnahme in einer der hiesigen Volksschulen angemeldet werden.

Kinder, welche nach dem 30. Juni 1903 geboren sind, dürfen unter keinen Umständen zum Schulbesuch zugelassen werden.

Auch solche schulpflichtigen Kinder sind anzumelden, deren Eltern bescheidigten, denselben Privatunterricht erteilen zu lassen. Gesuche um Entbindung eines Kindes vom Besuch der Volksschule wegen Privatunterrichts sind gemäß § 12 der Verordnung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 27. Februar 1894 schriftlich beim Rektorat unter Anschluß der erforderlichen Nachweisungen einzureichen.

Auch taubstumme und blinde Kinder sind beim Eintritt in das Alter der Schulpflicht gemäß der Verordnung der Großh. Ministerien der Justiz, des Kultus und Unterrichts und des Innern vom 9. Juni 1904, den Sollatz des Gesetzes vom 11. August 1902, die Erziehung und den Unterricht nicht vollstündiger Kinder betreffend, anzumelden. Dabei haben sich die Eltern bzw. deren Stellvertreter darüber zu erklären, ob sie durch private Unterweisung oder Unterbringung in einer Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt ihrer gelegentlichen Verpflichtung zur Erziehung und Unterweisung der Kinder nachzukommen beabsichtigen, oder ob sie deren Aufnahme in eine staatliche Erziehungsanstalt beantragen.

Eine etwaige Unterlassung dieser Verpflichtung wird nach § 71 des Polizeistrafgesetzbuches mit Haft bis zu 3 Tagen oder an Geld bis zu 20 M. bestraft. Die Vorschriften über die Pflicht zur Anmeldung taubstumme und blinder Kinder finden auch bezüglich der schwach- und blödsinnigen Kinder Anwendung.

Solche schulpflichtigen Kinder, welche im vorigen Jahre beziehungsweise früher zurückgefallen wurden, müssen gleichfalls am 8. März je nach der Lage ihrer Wohnung in einem der nachgenannten Schulhäuser zum Schulbesuch angemeldet werden. Bei ihrer Anmeldung sind die Jurisdiktionsbezirke vorzulegen. Sofern diese Kinder noch nicht aufnahmefähig erschienen, muß für sie beim Rektorat um weitere Jurisdiktionsstellung event. unter Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses nachgesucht werden.

Die Anmeldung geschieht am Montag, den 8. März, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr, in folgenden Schulhäusern:

A. für die Erweiterte Knabenschule:

1. in der **Karl-Wilhelmschule** (Karl-Wilhelmstraße 1); hierher gehören alle südlich vom Durlacher Tor wohnhaften Knaben;
2. in der **Edelschule** (Markgrafenstraße 28); hierher gehören alle zwischen Durlacher Tor und Karl-Friedrichstraße (ungerade Nummern) wohnhaften Knaben;
3. in der **Bahnhofschule** (Bahnhofstraße 22); hierher gehören alle zwischen Bahnhof und Luisenstraße (ungerade Nummern) wohnhaften Knaben;
4. in der **Nebenischschule** (Nebenischstraße 34); hierher gehören alle in der Luisenstraße (gerade Nummern) und südlich davon wohnhaften Knaben;
5. in der **Leopoldschule** (Leopoldstraße 9); hierher gehören alle zwischen Karl-Friedrichstraße (gerade Nummern), Weierheimer Allee, Söden, Deventer, Lessing, Molke- und Nießhahstraße (einschließlich) wohnhaften Knaben;
6. in der **Gutenbergschule** (Goethestraße 34); hierher gehören alle westlich der Lessing- bis zur Philippstraße wohnhaften Knaben;

B. für die Erweiterte Mädchenschule:

7. in der **Karl-Wilhelmschule** (Karl-Wilhelmstraße 1); hierher gehören alle südlich vom Durlacher Tor wohnhaften Mädchen;
8. in der **Schillerschule** (Kapellenstraße 1); hierher gehören alle zwischen Durlacher Tor und Kronenstraße (einschließlich) wohnhaften Mädchen;
9. in der **Schützenstrassenschule** (Schützenstraße 38); hierher gehören alle zwischen Bahnhof- und Luisenstraße (ungerade Nummern) wohnhaften Mädchen;
10. in der **Nebenischschule** (Nebenischstraße 34); hierher gehören alle in der Luisenstraße (gerade Nummern) und südlich davon wohnhaften Mädchen;
11. in der **Kinderschule** (Kriegstraße 44); hierher gehören alle westlich der Kronenstraße bis zur Kammlstraße (einschließlich) wohnhaften Mädchen;
12. in der **Befolgungsschule** (Erbsingenstraße 18); hierher gehören alle westlich der Kammlstraße bis zur Westendstraße (einschließlich) wohnhaften Mädchen;
13. in der **Gutenbergschule** (Kaiser-Allee 55); hierher gehören alle westlich vom Mühlburger Tor bis zur Philippstraße wohnhaften Mädchen;

C. für die Schulabteilungen der Stadtteile:

14. **Wintheim:** im Schulhaus Wintheim; hierher gehören alle in Wintheim wohnhaften Knaben und Mädchen;
15. **Müppurr:** im Schulhaus Müppurr; hierher gehören alle in Müppurr wohnhaften Knaben und Mädchen;
16. **Weiertheim:** im Schulhaus Weiertheim; hierher gehören alle in Weiertheim wohnhaften Knaben und Mädchen;
17. **Mühlburg:** im Schulhaus Mühlburg; hierher gehören alle westlich der Philippstraße (einschließlich) wohnhaften Knaben und Mädchen;
18. **Grünwinkel:** im Schulhaus Grünwinkel; hierher gehören alle in Grünwinkel wohnhaften Knaben und Mädchen;

D. für die Knabenvorschule:

19. in der **Gartenstrassenschule** (Gartenstraße 22);

E. für die Bürgerschule:

20. in der **Schillerschule** (Kapellenstraße 1);

F. für die Töchterchule:

21. in der **Hebelschule** (Kreuzstraße 15).

Eine Verrechnung für die Aufnahme in einem bestimmten Schulhause kann jedoch aus der Anmeldung in diesem Schulhause nicht ohne weiteres abgeleitet werden, da die Raumverhältnisse in erster Linie für die Zuweisung der Schüler in die einzelnen Schulhäuser maßgebend sind.

Für hier geborene Kinder ist nur der Zutritt, für auswärtig geborene aber der Zutritt und Schulpflichtigkeit bei der Anmeldung vorzulegen. Solche Kinder, welche aus einer hiesigen Schulabteilung in eine andere überzutreten, insbesondere aber diejenigen, welche in die Bürgerschule oder Töchterchule (Klasse IV) eintreten wollen, haben sich am Montag, den 8. März, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr

bei ihrem bisherigen Klassenlehrer abzumelden und bei dem Oberlehrer desjenigen Schulhauses, in welches sie einzutreten beabsichtigen, zur Aufnahme anzumelden. Schülerinnen der erweiterten Schule, welche in die Töchterchule einzutreten beabsichtigen, sollten dieser Schule spätestens bei Beginn des IV. Schuljahres beigetreten werden. Dasselbe gilt auch bezüglich der Bürgerschule für die Knaben der erweiterten Volksschule und der Knabenvorschule.

Der regelmäßige Unterricht im Schuljahr 1909/10 nimmt seinen Anfang am **Dienstag, den 20. April, vormittags 8 Uhr.**

Die Sprechstunden des Stadtschulrats finden täglich von 11—12 Uhr statt. Karlsruhe, den 1. März 1909.

Das Volksschulrektorat:
Dr. Gerwig.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit sakramentalen Sprüchen
mit Ortsnamen und Jahreszahl auf blauem Papier Mk. 2.50,
" " " " weisem " " 2.50,
" " " " ohne " " " 1.50,
ohne " " " " und " " " 1.20,
für 1000 Stück liefert schnellstens " 1.20.

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Fuldaer Bonifatius-Kalender für 1909,

gebildeter Volkskalender,
mit prächtigem Farbendruckbild „Der hl. Antonius als Färbter“
und Wandkalender, das Stück nur 35 Pfg., zu beziehen durch die
Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters“.